früher schwer verfolgt und der es oft blutig beleidigt hatte, und zwar nur deshalb, weil er den Juden versprochen hatte, ihnen im Kampfe gegen den Antisemitismus voranzugehen. Aus ganz Wien waren die Juden zusammengeeilt, um für Kronawetter zu agitiren. Und es zeigte sich bei dieser Gelegenheit überaus deutlich, daß die Juden nicht nur eine geschlossene Nation, sondern auch eine geschlossene Partei sind, vor der nicht nur alle politischen Parteiunterschiede, sondern selbst die sonst so mächtigen sozialen Gegensätze Halt machen. Die radikalsten Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten, Altliberale, alles aber in erster Linie Jude, arbeiteten diesmal einträchtig zusammen. Und als am Abende der Sieg Israels verkündet ward, da schossen Tausende jener markanten scharf geschnittenen Gesichter, in dem Kaftan des unverfälscht polnischen, wie des eleganten Wiener Reformjuden und des in den Arbeiterversammlungen das große Wort führenden jüdischen Proletariers wie aus dem Boden heraus; und im Gefühle ihrer Bedeutung organisirten sie in aller Schnelligkeit einen Triumphzug durch die belebtesten Straßen der inneren Stadt, einen Triumphzug Judas, dem die Tausende christlicher Passanten erstaunt, z. Th. erbittert, ja mit der Faust in der Tasche nachsahen. Wenn je, so hat es sich bei diesem Anlasse gezeigt, welch weitgehenden Einfluß das Judenthum in Oesterreich gewonnen, ja, daß es einen Staat im Staate bildet, der über kurz oder lang den bestehenden Staat aus den Angeln heben wird, sei es jetzt auf dem Wege eines exzessiven Kapitalismus oder, was wahrscheinlicher ist, auf dem der Sozialdemokratie.

Wenn auch diesmal von Seite der offiziellen Faktoren, ausgenommen die entschiedenste Parteinahme der offiziösen Presse für den philosemitisch-sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Kronawetter, nicht in die Wahl zu Gunsten des einen oder anderen Kandidaten eingegriffen worden ist, so hat sich doch gezeigt, daß der offizielle Einfluß gleich Null ist, wenn er sich nicht mit dem jüdischen summirt. Es ist ja ein offenes Geheimniß, daß die dem Hofe nahestehenden Kreise über die Aufstellung der Kandidatur Kronawetters im wichtigsten Wahlbezirke der Monarchie durchaus nicht erfreut waren. Hat er ja doch die Revolution von 1789 mit ihrem Königsmorde stets als die größte Errungenschaft der Menschheit, als das Ideal einer politischen Entwickelung gepriesen. Aber diese Kreise, sowie die von den ganz gleichen Gefühlen gegen Kronawetter beseelten Führer der altliberalen Partei, soweit sie nicht Juden sind, voran Herr v. Plener jun. selbst, haben unter dem Terrorismus der gesammten Judenpresse nicht gewagt, dieser ihrer Stimmung mit Ausnahme einiger ganz leiser, anfänglicher Proteste Ausdruck zu geben.

Und nun zur Kehrseite der Medaille, zum Erfolge des katholisch-konservativen Kandidaten Max Frhrn. v. Vittinghoff-Schell, eines ebenso liebenswürdigen, integren, wie durch sein persönliches Auftreten einnehmenden Mannes, eines Kavaliers in des Wortes bester Bedeutung. Sein Mißerfolg ist ein nicht zu leugnender, da er es nur auf 1005 Stimmen gebracht, während die christlich-sozialen Kandidaten bei den letzten allgemeinen Wahlen 1500, ja 1800 Stimmen auf sich vereinigt haben. Er ist aber offen als hochkonservativer, katholischer Kandidat aufgetreten, dem die Bekämpfung des Radikalismus seines Gegners als Hauptaufgabe schien. Und damit ist bei der städtischen Bevölkerung leider nicht viel zu holen. Er vermied mit Rücksicht auf seine Beziehungen zum Hofe jeden Anklang ans Antisemitische und ließ dadurch einen großen Theil jener Wählermasse kalt, die einem vernünftig antisemitischen Kandidaten gern zu Hülfe geeilt wäre. Der Versuch ausgesprochen klerikaler Kandidaturen bei der städtischen Bevölkerung muß damit als entschieden gescheitert bezeichnet werden. Die Altliberalen, so sehr sie einen Vorkämpfer des allgemeinen gleichen Wahlrechtes, wie Kronawetter, perhorresziren, bleiben grollend, aber feige zu Hause und den Vortheil aus der so geschaffenen Lage zieht nur der jüdisch-demokratische Radikalismus.

Uebrigens waren es noch zwei Momente, welche die geringe Stimmenanzahl des katholisch-konservativen Kandidaten mitbedingt haben. Zunächst war außerdem ein deutschnational-antisemitischer Kandidat, der Herausgeber eines kleinen Schönerer-Blättchens, von Seiten Schönerers, dieser total gefallenen politischen Größe, aufgestellt, der seinerseits durch sein exzessiv antipatriotisches Auftreten die Geschäfte der Juden bestens besorgte. Er brachte es daher auch glücklich auf ein Prozent aller Wahlstimmen. Dann trug auch die vom Kaiser Franz Josef in jüngster Zeit mit Recht gerügte Haltung der antisemitischen Abgeordneten Schneider und Gregorig im niederösterreichischen Landtage entschieden dazu bei, auf christlicher Seite viele von der Wahl für einen Mann abzuhalten, der, obwohl er kein Wort in antisemitischem Sinne gesprochen, doch von der gesammten Judenpresse als „Genosse der Gregorig und Schneider" hingestellt worden war. Auf jüdischer Seite hätte freilich eine solche kaiserliche Zensur, wenn sie sich etwa gegen einen Kronawetter gerichtet hätte, nicht den mindesten Eindruck hervorgebracht.

Als Endresultat dieser gewiß merkwürdigen Wahl, welche auf das Parteileben in Oesterreich einen stark bestimmenden Einfluß ausüben wird, muß das Fortschreiten zum Radikalismus nicht einer bürgerlichen, sondern der Sozial-Demokratie unter dem wachsenden Einflusse des Judenthums bezeichnet werden. So stark die liberale Partei im österreichischen Abgeordnetenhause der Zahl nach ist, so schwach und haltlos hat sie sich dem Judenthume und dem mit ihm überall verbündeten Radikalismus gegenüber bewiesen und es wird uns nicht überraschen, wenn in nicht ferner Zeit der „[illegible]" Plener den Kommandostab der Partei an den im Dienste des Judenthums viel eifrigeren und auch verwendbareren Kronawetter abgeben muß.

„Die staatsrechtliche Umgestaltung der habsburgischen Monarchie."

Schon im vorigen Sommer war die „Kreuzzeitung" in der Lage, auf gewisse Bestrebungen unter den Völkerschaften des habsburgischen Reiches hinzuweisen, welche nichts Geringeres zum Ziele haben, als eine völlige Umgestaltung der heutigen dualistischen Monarchie in einen Staatenbund mit monarchischer Spitze. Bisher traten die Wünsche und Forderungen nach staatsrechtlichen Aenderungen in einzelnen Kronländern gesondert auf, wobei je nach der Eigenart der betreffenden Nationalität diese Bewegung einen heftigeren oder gemäßigteren Charakter annahm, so daß ein einheitliches Vorgehen der verschiedenen Völker nicht zu Stande kommen konnte. Außerdem waren die Völker der ungarischen Reichshälfte durch die dualistische Staatsform an einem gemeinsamen Handeln mit den Nationalitäten diesseits der Leitha behindert. — Gleichwohl war nach menschlicher Berechnung der Augenblick vorauszusehen, in welchem diejenigen Völker, welche bisher gegenüber den Magyaren und Polen staatsrechtlich noch zurückgesetzt waren, gemeinschaftlich von der Krone die Gleichstellung mit den beiden genannten Völkern fordern würden.

Eine wesentliche Beschleunigung erhielt dieser Entwickelungsgang durch das Erscheinen der Abordnung ungarländischer Rumänen vor der Kaiserlichen Hofburg in Wien, Ende Mai d. J. Dieser Schritt, der zwar äußerlich erfolglos blieb, durchbrach jedoch die Scheidewand, welche der Dualismus von 1867 zwischen den Völkern des Reiches aufgerichtet hatte. Schon damals wurde zwischen den Führern der Rumänen, der Kroaten, der Slovaken und einigen Mitgliedern der deutschen christlich-sozialen Partei vereinbart, künftighin wieder Wien zum Mittelpunkt des staatlichen Lebens auch für die Völker der Osthälfte des Reiches zu erheben und demnächst die Vertrauensmänner aller Nationalitäten der Monarchie nach Wien zu einer gemeinsamen Aussprache einzuladen.

Aus dieser Verabredung ist der Plan entstanden, eine Nationalitäten-Konferenz zum November d. J. nach Wien zu berufen, über welche schon kürzlich einige Mittheilungen an die Oeffentlichkeit drangen. Es geht uns nunmehr von betheiligter Seite eine längere Zuschrift zu, in welcher über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit berichtet wird. Danach hätten sich Angehörige von acht Völkern des Reiches, Deutsche, Tschechen, Slovaken, Ruthenen, Rumänen, Kroaten, Slovenen und Serben zur Mitwirkung an der Konferenz bereit erklärt. Nach den bis jetzt aus der Mitte einzelner Völker gestellten Anträgen solle sich die Konferenz mit einem recht umfangreichen Arbeitsmaterial beschäftigen, welches so ziemlich eine völlige innere Umgestaltung der Monarchie bezwecken würde. Voran steht in dem Programm die Frage der „Föderativ-Monarchie" und der Benennung des zu bildenden Staatenbundes, wobei man unwillkürlich an die Gregrschen „Vereinigten Staaten von Oesterreich" erinnert wird. Dann soll berathen werden über die Zahl und die Abgrenzung der Einzelstaaten, über „Wien als Bundesgebiet", über die Stellung und die Machtbefugnisse der Krone, über das gegenseitige Verhältniß der Bundesregierung zu den Einzelregierungen, eines Bundesparlamentes zu den Einzelparlamenten, über das Heer und die Landesvertheidigung und über die Stellung der Kirchengemeinschaften. Ferner sollen darüber Grundsätze aufgestellt werden, welchen Antheil das Gesammtreich und die Einzelstaaten nehmen werden an der Rechtspflege, dem Zoll- und Steuerwesen, der Ausbeutung der Bergwerke, dem Münzwesen, den Eisenbahnen, der Post und dem Telegraphenwesen. Endlich wird auch die Sozialgesetzgebung bedacht und an deren Spitze die „ständische Gliederung" gestellt, auf Grund deren Schutzgesetze für die produktiven Stände zu schaffen seien; hierbei wird das Innungswesen, das Bodenbesitzrecht und das Heimstättenwesen genannt. Zum Schluß wird sogar in dem Programm die Judenfrage als Gegenstand der Erörterung aufgeführt. — Bei der Aufstellung und Durchberathung eines solchen Programmes solle sich die Konferenz vor Augen halten, daß dasselbe nöthigenfalls als „Verfassungs-Entwurf" für den künftigen Föderativstaat zu verwerthen sei, weshalb das Programm durch eine Deputation Sr. Maj. dem Kaiser mit dem Ersuchen überreicht werden soll, eine „Konstituirende Versammlung" auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes und der Wahl nach Nationalitäten einzuberufen.

Begreiflicherweise ist in diesem Programm recht viel Zukunftsmusik enthalten; und ebensowenig, wie es möglich ist, diese weit ausholenden Fragen in einer mehrtägigen Konferenz durchzuberathen, so glauben wir auch nicht, daß die besonneneren Kreise der einzelnen Völker schon jetzt an so grundstürzende Fragen herantreten werden. Der Werth der ganzen Konferenz aber wird wesentlich davon abhängen, ob auch angesehene und einflußreiche Kreise an der Arbeit theilnehmen werden. Diese aber werden wohl wissen, daß die Weltgeschichte niemals sprungweise voranschreitet, und daß deshalb diejenigen, welche wirklich etwas erreichen wollen, sich auch erreichbare Ziele vorstecken müssen. — Sollte daher, was wir übrigens noch nicht als feststehend ansehen, die Konferenz zu Stande kommen, so möchten wir den Herren den wohlgemeinten Rath geben, ihre Forderungen nicht zu hoch zu spannen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* **Berlin**, 12. Oktober. Lothar Bucher, dessen Ableben am 12. Oktober aus der Schweiz gemeldet wird, war am 25. Oktober 1817 zu Neustettin geboren, er stand also unmittelbar vor Vollendung seines 75. Jahres. Er besuchte das Gymnasium in Köslin, wo sein Vater Professor und Prorektor war und studirte in Berlin die Rechte. Im Jahre 1838 kam er als Referendar an das Oberlandesgericht zu Köslin und 1843 als Assessor nach Stolp. Wenige Jahre nachher trat die preußische National-Versammlung zusammen und Bucher wurde von den Wählern Stolps mit einem Mandat versehen; ein Jahr später wurde er von derselben Stadt als ihr Vertreter in das Abgeordnetenhaus gewählt, wo er sich dem äußersten linken Flügel anschloß. General v. Brandt nennt ihn in seinen Denkwürdigkeiten einen rücksichtslosen Nivellirer alles Bestehenden, aller Stände und aller Vermögen, eines der konsequentesten Mitglieder der National-Versammlung und zu jedem Schritte entschlossen, welcher seinem Ziel entgegenzuführen schien. L. Bucher gehörte zu den Steuerverweigerern vom 15. November 1848, gegen welche das Ministerium Brandenburg-Manteuffel einen Prozeß einleiten ließ. Bucher wurde zu einer Gefängnißhaft von 1½ Jahr und zur Amtsentsetzung verurtheilt. Er ging infolgedessen nach England und arbeitete von da aus für deutsche Zeitungen.

In seinen weithin bekannt gewordenen Parlamentsbriefen (an die „National-Zeitung") wies er nach, daß die englische Regierungskunst nach außen eine reine Handelspolitik ohne große historische Gesichtspunkte und ohne irgend welche ideale Triebfedern und Zwecke sei. Auf Palmerstone, Gladstone, Cobden und andere freihändlerische Größen fielen recht bloßstellende Schlaglichter; es war eine vollkommene Entlarvung. Bucher kehrt infolge der 1860 erlassenen Amnestie 1860 nach Deutschland zurück. Bucher wich schon damals offen und weit von seinen ehemaligen politischen Freunden ab. Er trat in das „Wolffsche Telegraphen-Bureau", wollte aber, da ihn das nicht befriedigte, eine Advokatur übernehmen. Bald aber machte ihm der Ministerpräsident Graf Bismarck den Vorschlag, in das Auswärtige Amt einzutreten; dies geschah 1864 erst aushülfsweise, bald als Legationsrath. Zuerst erhielt er die Aufgabe, die Verwaltung Lauenburgs in geordnete Bahnen zu bringen. Später gehörte er zu den vertrautesten Mitarbeitern des Fürsten-Reichskanzlers, er begleitete ihn häufig nach Varzin und war mit ihm 1870/71 während des Krieges im Kaiserlichen Hauptquartier.

In dieser Stellung als vortragender Rath im Auswärtigen Amte blieb er bis zur Mitte der 80er Jahre, dann trat er seiner Gewohnheit nach still aus seinem Amte, mehrere Jahre vor dem Fürsten Bismarck, mit dem er 20 Jahre zusammen [illegible] gearbeitet hatte. Auch nach dem Abschiede des Reichskanzlers hielten sie zusammen. Lothar Bucher war ein häufiger Gast in Friedrichsruh und hatte die Ordnung der umfangreichen Korrespondenz des Fürsten übernommen. In dem Nachlasse des Verstorbenen dürfte sich noch umfangreiches und werthvolles Material vorfinden. Er war unverheirathet geblieben.

— Der bei dem Ober-Landeskulturgericht in Berlin beschäftigte Regierungsrath Dr. Jesse ist als außeretatsmäßiges Mitglied der General-Kommission zu Frankfurt a. O. und der bisherige Spezial-Kommissar, Regierungsrath Meyer in Sensburg der General-Kommission zu Bromberg als außeretatsmäßiges Mitglied überwiesen worden.

Aus Frankreich.

K **Paris**, 10 Oktober. Dieser Tage schrieb ich Ihnen, daß die Frage der „Kleinen Börse" eine Art von Seitenstück zu der von Carmaux sei. In diesem Sinne bemerkt heute Drumont: „Der Wiederbeginn der parlamentarischen Sitzungen dürfte gewitterschwül sein, und man kündigt schon den Untergang der zerbrechlichen Barke an, welche Bourdeau und das Glück Rothschilds trägt. Es giebt zwei bedeutsame Fragen am Horizont: die Kleine Börse und den Ausstand von Carmaux." Die Parallele, die Drumont zieht, ist sinnreich: wenn man alle Kulissiers, das ist der Sinn seines reich durchgeführten Bildes, plötzlich sämmtlich an der Ausübung ihrer Thätigkeiten hinderte, so würde das gesellschaftliche Leben darum doch seinen ruhigen Fortgang nehmen. Verfahre man dagegen in gleicher Weise mit den Arbeitern, so würde die soziale Bewegung mit einem Schlage, wie eine Maschine, zum Stillstand kommen. Die eine Klasse sei so uninteressant und entbehrlich, wie die andere interessant und unentbehrlich, und doch kümmere sich die Regierung weit mehr um das Wohl und Wehe der ersteren, als um das der letzteren. Der eigentliche Herr und Meister der Kulisse, die den Wechselagenten ins Handwerk pfuschen wolle, sei Rothschild, und daher habe der Finanzminister viel schlaflose Nächte. Er habe der Kulisse bedurft, um die französische Rente in künstlicher Weise auf den Parikurs zu treiben; wenn er sie schädige, könne sie ihm einen üblen Streich spielen. Es komme hinzu, daß Rothschild so lange gegen Rußland sein werde (?), bis die dortigen Judenvertreibungen aufhörten. Darum habe er auch den Erfolg der russischen Anleihe zu verhindern gesucht, bei der Rouvier auf die Hülfe der Wechselagenten angewiesen gewesen sei. Da dieser weder Parkett noch Kulissen entbehren könne, befinde er sich in der schwierigsten Lage, um so mehr, als es sich jetzt um die Umwandlung der 4prozent. Rente und in wenigen Monaten um eine neue russische Anleihe handle. Im letzten Augenblick höre ich, daß die Regierung sich nun doch entschlossen hat, der Forderung der Wechselagenten zu entsprechen und die Abendbörse zu schließen. Wird der Streit damit zu Ende sein? — Schwerlich!

Im „Matin" findet sich ein interessanter Artikel über den „Pan-Marxismus", dessen Inhalt ich in Kürze wiedergebe, ohne für dessen Richtigkeit die Verantwortung zu übernehmen. Vor 1870 hatte Marx, der Gründer der Internationale, in Paris einen starken Einfluß. Nach dem Kriege wurde die internationale Partei fast vernichtet und an Stelle von Marx dem russischen Sozialisten Bakunin die leitende Rolle zu Theil. Der Marxismus erlitt vor dem internationalen Kongreß von 1873 in Genf eine starke Niederlage. Allmählich aber entstand eine neue Marxistische deutschfreundliche Partei unter Guesde und Lafargue, der derjenigen der national gesinnten Possibilisten unter Brousse und Lavy indessen lange Zeit überlegen war. Beide Parteien verfolgten und verfolgen denselben Zweck: Kommunismus und Kollektivismus, aber ihre Mittel sind verschieden. Die Possibilisten sind der Ansicht, daß die zu befolgende Taktik je nach der Beschaffenheit der Länder eine verschiedene sein muß, während die Marxisten fordern, daß ihre Partei in der ganzen Welt ein und dieselbe sei und einheitlich handele. Die großen Arbeits-Ausstände in Europa, die Wahl Lafargues, des Schwiegersohns von Marx, in Lille, gaben der „deutschen Partei", wie sie der „Matin" [illegible] bezeichnet, das Uebergewicht, und der jüngste Kongreß von Marseille war die Revanche für den von Genf. Es kostete große Schwierigkeiten, es innerhalb der Sozialistenpartei in möglichst geheimgehaltenen Sitzungen durchzusetzen, daß der Ausländer Liebknecht empfangen und noch dazu glänzend empfangen wurde. „Der Pan-Marxismus" schreibt das Blatt, „ist kräftig organisirt. Er wird nach stark autoritärer Methode durch einen geheimen Ausschuß geleitet. Es ist uns möglich gewesen, dessen Zusammensetzung kennen zu lernen: der Präsident ist Herr Engels, ein Deutscher. Herr Liebknecht, mehrere deutsche Reichstagsabgeordnete, vertreten Deutschland. Herr Aveling und seine Frau, die Tochter von Marx, Schwägerin des Herrn Lafargue, vertreten England, die Herren Guesde und Lafargue — Frankreich, Herr Iglesias — Spanien, Herr Anseele — Belgien. Italien ist nicht vertreten. Wie man sieht, ist das deutsche Element in diesem obersten, geheimen Ausschuß allmächtig. Die Befehle desselben werden in allen Ländern Europas ausgeführt. Berlin giebt die Losung aus. Dort befindet sich zweifelsohne auch die Zentralkasse."

Die monarchistische Partei schmilzt mehr und mehr zusammen, hat nun doch auch der vielgenannte Baron Mackau, das ehemalige Oberhaupt der verfassungsfeindlichen Partei, der Vertreter der „parallelen Aktion" mit den Boulangisten, der Präsident des einst vielgenannten Zwölferausschusses, in einer Rede seinen Beitritt zur Republik erklärt.

Der „Temps" bringt neue Einzelheiten über das Kadresgesetz. Da es bald bekannt werden dürfte, will ich auf jene nicht eingehen, um so weniger, als es sich theilweise nur um Muthmaßungen handelt. Das Erscheinen des Gesetzentwurfes wird in der Armee natürlich mit äußerster Spannung erwartet.

Deutschland.

* **Berlin**, 12. Oktober. Der „Standard" läßt sich aus Wien den Begrüßungs-Artikel der offiziösen „Wiener Abendpost" über die Zusammenkunft des deutschen Kaisers und des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn, telegraphiren, und bemerkt dazu: „Jeder Satz geht hier über die Linie der gewöhnlich bei solchen Anlässen gebrauchten offiziellen Phrasen hinaus. Auch wird dementsprechend der dem kaiserlichen Gaste bestimmte Empfang sich von demjenigen unterscheiden, der Herrschern gewährt wird, welche nicht persönliche Freunde des Kaisers Franz Josef sind."

Nachrichten, die uns heute aus Wien zugegangen sind, bestätigen diese Auffassung des „Standard" vollauf.

— Die Einfuhr von Schießwaffen und dazu gehöriger Munition nach Kaukasien ohne jedesmalige vorherige Genehmigung der Lokalbehörde ist durch eine Verordnung des Oberst-Kommandirenden der dortigen Zivilverwaltung vom Jahre 1881 verboten worden. Ein kürzlich im „Odessaer Amtsblatt" veröffentlichtes, von dem Polizei-Departement an den Stadthauptmann von Odessa gerichtetes Zirkular vom 26. Juli d. J. bringt dieses Verbot in Erinnerung und weist die Polizeibeamten an, streng darauf zu achten, daß die erwähnten Gegenstände nicht etwa heimlich oder unter falschen Bezeichnungen, z. B. als Eisenwaaren nach Kaukasien eingeführt werden.

— Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben: Zur Durchführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes sind die Vorarbeiten, soweit es die Behörden und Krankenkassen selbst angeht, zum größten Theile bereits erledigt. Wo die Aenderung der Kassenstatuten noch aussteht, werden die betreffenden Arbeiten so gefördert, daß ihr Abschluß demnächst zu erwarten steht. Man wird sich demnach der Hoffnung hingeben können, daß, wenn die neuen Bestimmungen des Gesetzes zum Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten, die Krankenversicherungs-Organe genau so, wie bisher, funktioniren werden. Die Krankenkassen-Novelle hat nun aber nicht bloß den Behörden und Kassen, sondern auch den Arbeitgebern neue Pflichten auferlegt. Um nur eine zu erwähnen, so ist nach dem 1. Januar 1893 auch, was bisher nicht der Fall war, gesetzlich bestimmt, daß außer den Beiträgen die Eintrittsgelder, welche allerdings nur die Versicherten belasten, von den Arbeitgebern vorzuschießen sind. Es ist ferner wie bei der Invaliditäts- und Altersversicherung vorgeschrieben, daß, wenn Abzüge für eine Lohnzahlungsperiode unterblieben sind, sie nur noch bei der Lohnzahlung für die nächstfolgende Lohnzahlungsperiode nachgeholt werden dürfen. Streitigkeiten, welche über die Be- und Anrechnung der Beiträge entstehen, sind vor die Gewerbegerichte verwiesen. Allerdings ist den Arbeitgebern auch zugestanden, daß die Beiträge nicht im voraus entrichtet zu werden brauchen. Eine dahingehende Bestimmung des bisherigen Gesetzes hatte sich als undurchführbar erwiesen. Wie bei der Beitragszahlung so sind Neuerungen bezüglich der Anmeldung, bezüglich des Austrags von Streitigkeiten über das Versicherungsverhältniß, über die Anstellung von Vertretern der Arbeitgeber, über deren Bestrafung bei Gesetzesverletzungen u. a. m. getroffen worden. Alle diese Vorschriften werden gleichfalls genau bekannt sein müssen, wenn die Handhabung des neuen Gesetzes ohne Schwierigkeiten erfolgen soll. Es kann daher nur allen an der Krankenversicherung betheiligten Arbeitgebern auch im eigenen Interesse gerathen werden, sich mit den neuen Bestimmungen bekannt zu machen.

— Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat August d. J. beim Eisenbahnbetriebe (mit Ausschluß der Werkstätten) vorgekommenen Unfälle waren im ganzen zu verzeichnen: 12 Entgleisungen und 3 Zusammenstöße auf freier Bahn, 14 Entgleisungen und 6 Zusammenstöße in Stationen und 260 sonstige Unfälle (Ueberfahren von Fuhrwerken, Feuer im Zuge, Kesselexplosionen und andere Ereignisse beim Eisenbahnbetriebe, sofern bei letzteren Personen getödtet oder verletzt worden sind). Bei diesen Unfällen sind im ganzen, und zwar größtentheils durch eigenes Verschulden, 214 Personen verunglückt, sowie 44 Eisenbahnfahrzeuge erheblich und 59 unerheblich beschädigt. Von den beförderten Reisenden wurden 4 getödtet und 12 verletzt, und zwar entfallen: je eine Tödtung auf die Verwaltungsbezirke der Königlichen Eisenbahn-Direktionen zu Elberfeld und zu Köln (linksrheinische), zwei Tödtungen auf den Verwaltungsbezirk der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin, zwei Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Altona, je eine Verletzung auf die Königlich württembergischen Staats-Eisenbahnen und auf die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, drei Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin, je eine Verletzung auf die Verwaltungsbezirke der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Breslau, zu Erfurt, zu Bromberg, zu Hannover und zu Magdeburg. Von Bahnbeamten und Arbeitern im Dienst wurden beim eigentlichen Eisenbahnbetriebe 26 getödtet und 144 verletzt, von Steuer- u. s. w. Beamten 1 verletzt, von fremden Personen (einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Bahnbeamten und Arbeiter) 18 getödtet und 9 verletzt. Außerdem wurden bei Nebenbeschäftigungen 2 Beamte getödtet und 47 Beamte verletzt.

Königsberg i. Pr., 11. Oktober. [Der Bau des Königsberger Seekanals] sollte im Frühjahre 1895 fertiggestellt werden und die Eröffnung desselben spätestens am 1. Juni erfolgen. Infolge der günstigen Witterungsverhältnisse sowohl des vergangenen als auch dieses Jahres schreiten die Arbeiten jedoch so schnell vor, daß fast mit Bestimmtheit die Fertigstellung des Kanals im Herbst 1894 zu erwarten ist. Die Ausbaggerungen des Haffarmes bis auf eine Tiefe von etwa 6½ m sind bis auf die vorletzte Station, Peyse-Widitten, ausgeführt und sie werden somit im nächsten Sommer bis zur Einmündung des Pregels ins Haff beendet werden. Da die Arbeiten der [illegible] Steinmauern des Kanals, die Rammarbeiten u. s. w. gleichfalls infolge des sehr günstigen Baugrundes schnell von Statten gehen, so werden auch diese bis zum Herbst 1894 fertig gestellt werden können einschließlich der sechs Durchstiche, welche der Kanal für aus- und eingehende Haffkähne erhält. Da der Pregel aber von seiner Mündung bis in den hiesigen Hafen eine Tiefe von etwa 5 m besitzt, so wird dem direkten Durchgange der Seeschiffe bereits vom Herbst 1894 ab voraussichtlich nichts mehr im Wege stehen. (K. H. Z.)

K **Löwenberg**, 11. Oktober. [Besuch.] Am Sonnabend weilte Se. Kgl. Hoh. der Fürst Leopold zu Hohenzollern in Begleitung eines Hofmarschalls inkognito einige Stunden in Hohlstein zur Besichtigung der Schloßräume.

Görlitz, 11. Oktober. [Versammlung.] Der Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hielt hier am 10. d. M. einen öffentlichen Vortrag über die Noth der Zeit und den Weg zur Rettung. Ausgehend von der äußeren politischen Lage, dem französisch-russischen Bündniß, der gegenwärtigen Verfassung des Dreibundes u. s. w., warf er einen längeren Seitenblick auf die Korruption in den Preß-, Justiz- und Handelsverhältnissen Oesterreichs, wo König Rothschild dominirt. Auf die politischen Verhältnisse Deutschlands übergehend, wies er den Zusammenhang des Judenthums mit der Sozialdemokratie nach, sowie die Schuld der russisch-jüdischen Auswanderer an der Einschleppung der Cholera und die beklagenswerthe Nachlässigkeit unserer Behörden, zumal des regierenden Hamburger Senats. In packender Weise schilderte er sodann den verderblichen Einfluß des internationalen Judenthums auf allen Gebieten unseres wirthschaftlichen Lebens [illegible] Verfallserscheinungen unterbrochen. Neben der materiellen Noth aber sei die sittliche Noth unseres Volkes vor allem der Beachtung werth. Durch den Einfluß der feilen Judenpresse sei der Materialismus, der Unglaube, die Vergiftung des guten Geschmacks und der guten Sitte immer weiter fortgeschritten. Durch die Verhetzung der Parteien, die wohl mit einander ringen, nicht aber sich vernichten sollen, werde die moralische Widerstandskraft verzehrt, seitens jener Presse systematisch untergraben und so dem Ruin in die Hände gearbeitet. — Der Weg zur Rettung liegt in der sittlichen Wiedergeburt unseres Volksthums und auf politischem Gebiet in einer gesunden Mittelstandspartei, die den ehrlich Erwerbenden zu schützen hat gegen den jüdischen aussaugenden Kapitalismus und seinen Einfluß und das Volk vertheidigt gegen den vaterlandslosen Geist. Redner weist sodann auf die erfreuliche Klärung im konservativen, wie im Zentrumslager hinsichtlich der Judenfrage hin und auf die Thätigkeit der deutsch-sozialen Partei. Gegen die Wunden der Zeit helfe kein Schönheitspflaster, auch kein Markenkleben, sondern die Wurzel des Uebels müsse ausgerottet werden: die überall vorhandene Verjudung unserer Verhältnisse. Das Volk müsse König Mammons Ketten abschütteln und sich auf sein Deutschthum und Christenthum besinnen. — Reicher Beifall lohnte die mehr als zweistündigen Rede. Der Vorsitzende Herr Major v. Manstorf schloß alsdann die recht besuchte Versammlung, die er mit einem dreifachen Kaiserhoch eröffnet, mit einem Heil auf Deutschland. — Ein gemüthliches Beisammensein im „Preußischen Hof", an dem noch ungefähr 30 der Versammelten theilnahmen, hielt die Gesinnungsgenossen noch lange zusammen.

K **Aus Schlesien**, 11. Oktober. [Zur Kennzeichnung freisinniger Beschuldigungen.] Nach der letzten Reichstagsersatzwahl in Sagan-Sprottau hatte das Organ des zum Abgeordneten gewählten Dr. Müller, der „Niederschlesische Anzeiger" in Glogau, behauptet, es seien seitens der Herrschaft Primkenau wegen der Niederlage des konservativen Kandidaten arge Maßregelungen der Arbeiter erfolgt. Als Beweisstück wurde der Brief eines Arbeiters Fabig an den Dr. Müller veröffentlicht, in welchem es hieß, die Leute seien beschimpft, die Löhne herabgesetzt, die Wohlfahrtseinrichtungen gesperrt, verschiedene Arbeiter entlassen worden. Jetzt stellt sich aber heraus, daß sofort nach Veröffentlichung dieses Briefes der Arbeiter Fabig in einem Schreiben an Dr. Müller erklärt hat, er habe den ersten Brief in der Erregung geschrieben, denn es sei nach der Wahl „furchtbar gelogen" worden, er könne seine Aussagen nicht mehr in vollem Umfange aufrecht erhalten. Dieselben beruhten zum Theil auf entstellten Mittheilungen von Genossen. Ver Gericht würde Schreiber für die Wahrheit jener Beschuldigungen nicht eintreten können. Er bittet schließlich den Dr. Müller um Veröffentlichung dieses Widerrufes. Dr. Müller ist dieser Bitte jedoch nicht nachgekommen, hat den armen Teufel vielmehr, da die Primkenauer Hüttenwerke nunmehr den gerichtlichen Weg beschritten haben, in der Tinte sitzen lassen.

K **Aus Schlesien**, 11. Oktober. [Die volksthümlichen Vorträge,] welche im vorigen Jahre mit so erfreulichem Erfolge im Liegnitzer Kreise gehalten worden sind, sollen diesen Winter fortgesetzt werden und zwar werden sprechen: P. Göbel über die deutsche Fortbildungsschule, Lic. Koffmane über die kirchlichen und kommunalen Ehrenämter, P. Lemme über die Kirche und ihre Feinde im Laufe der Zeiten, P. Fischer: „Der Eid", P. Lampel: „Warum zieht unsere Jugend in die Stadt?", Lehrer Hermann: „Oberlin, ein Volksökonom im Kleinen", Kandidat Haase über Wichern, Landesältester v. Nickisch-Rosenegk über „Was trennt den Landmann von der Sozialdemokratie?", Kantor Hayn: „Rückblick auf die französische Revolution", Kantor Schlenker: „Gemeindebesitz und Obstbau", Kantor Kunze: „Die Fruchtfolge für den kleinen Besitzer", Lehrer Hannig: „Die Schlachten auf der Wahlstatt, bei Liegnitz und an der Katzbach".

Arnsberg, 10. Oktober. [Verbot.] Der Regierungspräsident hat durch folgenden Erlaß an den Landrath von Bochum öffentliche Aufzüge mit polnischen Fahnen untersagt: „Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, die Ortspolizei-Verwaltungen anzuweisen, öffentlichen Aufzügen mit polnischen Fahnen und Abzeichen auf Grund der §§ 9 und 10 des Vereins-Gesetzes vom 11. März 1850 die Genehmigung zu versagen, bei Zuwiderhandlungen gegen § 9 a. a. O. die Fortsetzung des Zuges polizeilich zu verhindern und die Einleitung des Strafverfahrens aus § 17 a. a. O. herbeizuführen. Hierbei sind die Polizei-Verwaltungen darauf hinzuweisen, daß auch das Auftreten der Polen mit polnischen Fahnen und polnischen Abzeichen bei Leichenbegängnissen, Prozessionen, Wallfahrten und Bittgängen als genehmigungspflichtig anzusehen sind, da die Betheiligung mit derartigen Fahnen und Abzeichen über die Zwecke eines Leichenbegängnisses und die hergebrachte Art der Prozessionen u. s. w. hinausgeht."

△ **München**, 10. Oktober. [Vom Hofe. Besuch. Durchreise.] Prinzessin Clara, die jüngste Tochter weiland des Prinzen Adalbert, kehrte heute Abend von Berchtesgaden zurück, wo sie mehrere Wochen bei ihrer Tante, der Herzogin Adelgunde, Herzogin von Modena, zu Besuch war. Die junge Prinzessin kam deßhalb heute zu ihrer Familie zurück, weil sie morgen 18 Jahre alt wird und somit das Fest ihrer Großjährigkeit begeht. Aus Veranlassung hiervon finden morgen und übermorgen in der Familie der Prinzessin Adalbert Tafeln statt. Die Prinzessin erhält ihre bisherige Erzieherin, Fräulein Steinbauer, als Gesellschaftsdame. — Zu demselben Schnellzuge war auch Prinzessin Leopold mit ihren beiden Töchtern und den Hofstaaten am Zentral-Bahnhof erschienen. Die erlauchte Frau erwartete ihre ehemalige Erzieherin, Freifrau v. Gerstecker, welche alljährlich um diese Zeit mehrere Wochen in der Prinzlichen Familie zubringt. — Ferner kam mit demselben Zug Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen hier an, welche übernachtet und morgen die Reise nach Meiningen fortsetzt. — Heute Nachmittag passirte auf der Reise von Schloß Hohenburg nach Dessau die Erbprinzessin von Anhalt den Zentral-Bahnhof.

Stuttgart, 11. Oktober. [Besuch. Genehmigung.] Gestern Abend ist die Frau Großfürstin Konstantin, Mutter der Frau Herzogin Wera, mit Schnellzug hier eingetroffen und kurze Zeit nachher mit Sonderzug nach Friedrichshafen weitergereist. — Der Beschluß der bürgerlichen Kollegien, betreffs Pensionirung des hiesigen Oberbürgermeisters Hack, wegen Geisteskrankheit desselben, erhielt (nach dem „B. Tgbl.") die Königliche Genehmigung, was in der heute Abend stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Kollegien eröffnet wurde.

Mannheim, 11. Oktober. [Genehmigung.] Der Bürgerausschuß genehmigte (nach dem „B. Tgbl.") heute die Aufhebung des Volksschulgeldes und die Errichtung einer Bürgerschule.

h **Straßburg i. E.**, 11. Oktober. [Französische Predigt.] In Saarburger Korrespondenzen der „Straßb. Post" ist auf die Anomalie hingewiesen worden, daß die Predigt bei dem sonntäglichen Hauptgottesdienste in französischer Sprache gehalten wird, während doch die überwiegende Mehrheit der Katholiken in dieser lothringischen Kreisstadt nur des Deutschen mächtig ist, eine Minderzahl beide Sprachen und ein ganz verschwindend geringer Bruchtheil nur französisch versteht. Der Reichstagsabgeordnete Erzpriester Küchly von Saarburg kommt in einer an die „Post" aus anderem Anlaß gerichteten Erklärung auch auf diesen wunden Punkt zu sprechen und giebt dabei folgende absonderliche Bemerkungen zum besten: „Na, da sollen sich die Herren nur beruhigen, denn man wird noch lange hier französisch predigen. Mit Deutsch reden wir den Deutschen an, mit Französisch den Franzosen, mit Italienisch den Italiener u. s. w. Warum wollen denn die so witzigen Herren die Dinge auf den Kopf stellen? Die Französischredenden von Saarburg zahlen die meisten Abgaben und tragen die größten Lasten; und nun wollen einige Landeskostgänger die nährende Hand zerfleischen! Die russischen Lorbeeren in den baltischen Provinzen lassen sie ohne Zweifel nicht zu Schlafe kommen. Was aber dort ungerecht und barbarisch ist wäre auch hier ungerecht und das Gegentheil von Bildung. Wohlgemerkt, hat niemand verlangt, daß in Saarburg — ebenso wenig wie in Kolmar oder Straßburg — gar nicht französisch gepredigt werden solle; nur die Hauptpredigt solle deutsch sein! Den welsch Gebildeten gilt aber einmal das Französische als die vornehmere Sprache, als die Sprache der feineren Bildung und des „Notabelnthums" im weitern Sinne und es will ihnen gar nicht in den Kopf, daß das Deutsche den Vorrang haben sollte. Sobald derartiges verlangt wird, schreien die Leute gleich über Unterdrückung und Vergewaltigung.

Von der Balkan-Halbinsel.

* **Berlin**, 12. Oktober. Man hat noch jedesmal, wenn Rußland das Schauspiel erlebten, daß es bezüglich irgend einer Frage einen Druck auf die Pforte auszuüben suchte, im Hintergrunde das Bild einer kretensischen Erhebung auftauchen sehen. Es kann also kaum überraschen, daß sich dies auch diesmal zu dem Zwecke wiederholt, die Pforte mürbe zu machen. Man kann es wohl kaum als einen Zufall betrachten, daß während in Konstantinopel über die Beantwortung der vielbesprochenen russischen Note wegen des Empfanges Stambulows berathen wird, Nachrichten auftauchen, daß auf Kreta eine Erhebung drohe. Wenn die Berichte aus Athen richtig sind, deren Quelle jedoch schon mit Rücksicht auf ihre Datirung nicht ganz unverdächtig ist, so wären in Sfakia Versammlungen veranstaltet worden, um Schritte beim Sultan wegen angeblicher Verletzung des Vertrages von Halepa und des organischen Statuts durch den Generalgouverneur und durch die türkischen Behörden zu beschließen. Gegen eine dieser Versammlungen unternommene Vorkehrungen hätten nun zu einem Zusammenstoß der Sfakioten mit türkischen Truppen geführt. Wäre gewissen Berichten zu trauen, so hätte es förmliche Kämpfe und Todte und Verwundete gegeben und würden die Sfakioten bewaffnet nach Apokoronos marschirt sein. Es wird also das Bild eines förmlichen Aufstandes auf Kreta entrollt. Bisher sind uns indessen Berichte über diese Vorgänge nur in Athener Telegrammen der „Kreuz-Ztg." zu Gesicht gekommen. Da nun gleichzeitig über einen bevorstehenden zweiten Schritt Rußlands bei der Pforte (wie bereits gemeldet) wegen der Befestigung der Meerengen und wegen Erleichterungen für die Durchfahrt russischer Schiffe berichtet wird, so liegt die Vermuthung nahe, daß man auch diesmal die Pforte mit bezüglich Kretas drohenden Gefahren schrecken will. Bei dem Zusammenhange, der neuestens zwischen russischem und griechischem Vorgehen besteht, dürfte man in Athen, Rußland bereitwillig den Gefallen erwiesen haben, die erwähnten Nachrichten über Vorgänge auf Kreta in die Welt zu setzen, und wenn etwas Wahres an denselben sein sollte, wäre nicht schwer zu errathen, von welcher Seite die Anzettelungen ausgegangen.

* **Berlin**, 12. Oktober. So lange die radikale Regierung in Serbien am Ruder war, hat man sich von Belgrad aus stets darüber ereifert, wenn behauptet worden war, die Ursache der mißlichen finanziellen Verhältnisse habe darin bestanden, daß sich die Regierung aus Parteirücksichten scheute, rückständige Steuern einzutreiben. Nun ist dieses Verhalten der abgetretenen Regierung durch amtliche Nachweise konstatirt. Denn diese ergeben, wie der „Pol. Korr." aus Belgrad berichtet wird, daß von 330 904 steuerpflichtigen serbischen Staatsbürgern 60 810 für das laufende Jahr gar keine Steuer entrichteten, während 82 165 nur eine geringe Steuer gezahlt haben. Der größte Theil der Rückstände entfällt auf Anhänger der radikalen Partei.

Aus Afrika.

(Der Afrika-Verein deutscher Katholiken) hielt seinen Satzungen gemäß am 4. Oktober seine halbjährige Versammlung ab. Aus dem Kassenbericht des Schatzmeisters ging hervor, daß der Verein seit seinem Bestehen 1889 insgesammt 184 000 M. Einnahme gehabt und 679 [illegible] M. ausgegeben hat, so daß noch ein Bestand von fast 104 000 M. verbleibt. Besonderer Beachtung werth sind die Mittheilungen des Kanonikus Dr. Hespers über den Stand der katholischen Missionen in den deutschen Schutzgebieten. In Ostafrika hat die katholische Mission 10 Stationen, davon drei in der englischen Interessensphäre, dort sind mit Einschluß des apostolischen Vikars 63 Personen, 27 Priester, 19 Brüder und 16 Schwestern thätig. Das Vikariat Deutsch-Ostafrika soll demnächst in zwei solche getheilt werden, deren eines nur das nördliche Gebiet umfaßt mit dem Sitze des Vikars in Bagamoyo. Aus der Missionsstation Bagamoyo hat eine Viehseuche [illegible] welche den ganzen großen und schönen Rindviehbestand vernichtet hat. Am Westufer des Viktoria-Nyanza sollte eine Station nahe bei Bukoba im Gebiete der Baziba errichtet werden, die Araber in Uganda hinderten es, jetzt ist aber die Meldung eingetroffen, daß im Juni mit dem Bau südlich von Bukoba begonnen worden ist. Im Tanganika-Gebiete dauern die Sklavenjagden fort, das ganze Land im Westen, das sogenannte Manyema, ist durch sie vernichtet und entvölkert. Nach den Angaben des P. Coulbois, der neun Jahre am See thätig war, ergiebt die Menge der arabischen Sklavenjäger und -Händler die Nothwendigkeit, beide See-Ufer, auf deutschem und belgischem Gebiete, baldigst zu besetzen, wenn nicht das ganze Land entvölkert und werthlos gemacht werden soll. Der von uns schon öfters erwähnte P. Moinet stellt die Verluste an Menschen, welche die Sklavenjäger dort innerhalb sechs Monaten hervorgebracht haben, auf 10 000 Köpfe.